

**Ausschuss für Inneres und Sport**

(92. - öffentliche - Sitzung am 12. Mai 2016)

**Beratungsthemen:**

**Außerhalb der Tagesordnung** billigte der Ausschuss einmütig den Antrag der CDU-Fraktion auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Abbau polizeilicher Überwachungskameras in Hannover. Er kam ferner überein, unter TOP 3 zusammen mit dem Antrag der Fraktion der CDU in Drucksache 17/5484 auch den Antrag der Fraktion der FDP in Drucksache 17/5698 „Einbruchskriminalität effektiv bekämpfen“ zu behandeln.

1. **Mehr Polizei für Niedersachsens Sicherheit!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/4958](#)

*Der Ausschuss führte zu dem Antrag eine Anhörung durch. Angehört wurden:*

- Gewerkschaft der Polizei Niedersachsen e. V.
- Bund Deutscher Kriminalbeamter e. V. - Landesverband Niedersachsen

2. **„Vorausschauende Polizeiarbeit“ ermöglichen - Einbruchskriminalität effektiver bekämpfen - Menschen in Niedersachsen vor Einbrecherbanden schützen**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/3556](#)

*Der Ausschuss schloss die Beratung des Antrags nach einer Ergänzung der Unterrichtung durch die Landesregierung ab und empfahl dem Landtag gegen die Stimmen der Fraktion der CDU mit den Stimmen der drei übrigen Fraktionen vorbehaltlich des Votums des - mitberatenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen, den Antrag abzulehnen.*

3. a) **Deutlicher Anstieg der Einbruchskriminalität - Niedersachsen muss bei der Bekämpfung der Einbruchskriminalität besser werden**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/5484](#)

b) **Einbruchskriminalität effektiv bekämpfen**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/5698](#)

*Der Vertreter der FDP-Fraktion stellte die Grundzüge des Antrags unter b) vor. Sodann erörterte der Ausschuss Verfahrensfragen und kam überein, zu den Anträgen voraussichtlich im August 2016 eine Anhörung durchzuführen. Der Kreis der Anzuhörenden soll am Rande des Juni-Plenums festgelegt werden.*

4. **Deine Chance, unsere gemeinsame Zukunft**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/3119](#)

*Die FDP-Fraktion kündigte die Vorlage eines Änderungsvorschlags an. Der Ausschuss kam überein, die Beratung des Antrags nach der Vorlage und Auswertung dieses Vorschlags fortzusetzen.*

5. **Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen, der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Land Mecklenburg-Vorpommern, dem Land Niedersachsen und dem Land Schleswig-Holstein über die Einrichtung und den Betrieb eines Rechen- und Dienstleistungszentrums zur Telekommunikationsüberwachung der Polizeien im Verbund der norddeutschen Küstenländer**  
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/5619](#)

*Die Landesregierung stellte die Grundzüge des Gesetzentwurfs vor. Der Ausschuss erörterte Verfahrensfragen und kam überein, zu dem Gesetzentwurf eine Anhörung u. a. der Landesbeauftragten für den Datenschutz durchzuführen. Der Kreis der ferner Anzuhörenden soll am Rande des Juni-Plenums festgelegt werden.*

6. **Terminangelegenheiten**

- a) *Der Ausschuss begann mit der Nachbereitung der parlamentarischen Informationsreise nach Bulgarien und Rumänien und klärte hierzu Verfahrensfragen.*
- b) *Der Ausschuss erörterte den Zeitplan der Anhörung zu den Drucksachen 17/5422 und 17/5423 - Kommunalabgaben- und Kommunalverfassungsrecht - für die am 16. Juni 2016 geplante Anhörung und kam überein, für diese Anhörung die Zeit von 9.30 Uhr bis 14.00 Uhr vorzusehen. Sollte die Anhörung in dieser Zeit nicht abgeschlossen werden können, soll sie in einer dann zu bestimmenden Sitzung fortgesetzt werden.*
- c) *In der Sitzung am 19. Mai 2016 sollen u. a. Verfahrensfragen im Hinblick auf angekündigte Änderungen der Wahlkreiseinteilung im Niedersächsischen Landeswahlgesetz besprochen werden. Für die Fortsetzung der Beratung zu diesem Thema wurde eine zusätzliche Sitzung am 31. Mai 2016 ins Auge gefasst, über die in der Sitzung am 19. Mai entschieden werden soll.*